

Fragen für die Textarbeit:

Welche Auswirkungen hat europäische Politik auf die Migrationsbewegungen und Fluchtursachen auf dem afrikanischen Kontinent?

Wie bewertet ihr die Argumente und was für Erkenntnisse lassen sich daraus für die Diskussion um Fluchtursachen ziehen?

- Quelle 1: Auszug aus dem Buch: Diktatoren als Türsteher Europas von Christian Jakob und Simone Schlindwein - Mai 2017 - S.251 - 261

Fazit Europas Träume, Afrikas Träume

Es ist die älteste Migrationsroute der Menschheit: Sie führt durch die Wüsten Afrikas, den Nil entlang nach Norden, dann über die Halbinsel Sinai in den Nahen Osten, die Türkei und weiter über den Balkan nach Mitteleuropa. Ein paar Tausend Afrikaner waren über diese Route im Sommer 2015 nach Europa gereist. Unter den Syrern und Afghanen, die damals über den Balkan marschierten, waren sie nur eine Minderheit.

Zwei Jahre nach dem für Europa einschneidenden Sommer der Migration ist diese historische Route geschlossen. Israel hat entlang der Grenze zu Ägypten einen Zaun errichtet. Die Türkei macht nach der Einigung mit der EU ihre Südgrenze dicht. In Nordafrika hat Spanien bereits zuvor seine Enklaven mit Klingendraht abgeriegelt. Die beiden Nachbarkontinente - Afrika und Europa - sind heute künstlich voneinander getrennt.

Die EU hat Milliarden ausgegeben, sich afrikanische Staatschefs, darunter Diktatoren und mutmaßliche Kriegsverbrecher, als Türsteher einzukaufen. Europäische Grenzschützer bilden ihre afrikanischen Kollegen aus: Sie sollen Migranten und Flüchtlinge aufhalten. Dafür wurden in vielen wichtigen Transitstaaten auf Betreiben der EU Gesetze erlassen, um gegen Schleuser vorzugehen. Dabei bilden diese einen staatlich-mafiösen Komplex aus Gangstern und korrupten Staatsangestellten.

Migranten und Flüchtlinge werden kriminalisiert, der irreguläre Grenzübertritt unter Strafe gestellt. Sie werden von gut ausgestatteten Grenzschützern in der Wüste gejagt, festgenommen, in Lager und Haftanstalten gesteckt- und wieder abgeschoben: nach Hause oder in irgendein anderes Land; freiwillige oder nicht. Und das ist noch die gute Seite der Medaille.

Die Kehrseite ist mörderisch: Tausende Menschen aus Afrika verenden in dieser neuen Welt der Zäune und mobilen Grenztruppen; ausgetrocknet in der Wüste, ertrinken im Mittelmeer, werden von islamischen Milizen

zwangsrekrutiert, gefoltert, enthauptet oder hängen tot im Klingendraht. Die Zahlen steigen.

So viele Tote gibt es in manchen afrikanischen Bürgerkriegen nicht. Dass die EU Menschen vor ihren Toren sterben lässt, kreiden ihr auch afrikanische Staatschefs als unmenschlich an. Malis Präsident Keita richtet sich beim G20-Afrika-Partnerschaftsgipfel im Juni 2017 in Berlin an Merkel: „Jedes Mal wenn ein junger Afrikaner im Mittelmeer stirbt, wird uns schlecht – ganz ehrlich, Frau Kanzlerin.“

[...]

Die EU hat seit der Eskalation auf dem Balkan 2015 keine Mühe gescheut, Migranten und Flüchtlinge aus Afrika abzuwehren. EU-Kommissare und europäische Staatschefs, insbesondere auch Bundeskanzlerin Merkel, verhandeln mit afrikanischen Regierungen. Sie versuchen, von ihnen Bereitschaft zu kaufen, sich in den Dienst europäischer Interessen zu stellen. Sie drohen damit, Hilfsgelder zu streichen, und haben manche afrikanische Regierung gefügig gemacht – teils gegen den Willen ihrer eigenen Bevölkerungen.

Vieles wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt, um die Zivilgesellschaften nicht aufzuschrecken, wie im Dezember 2016, als Malis Präsident ein Kommuniqué über Rückführungen unterschrieb, was er abstritt, als es in Bamako zu Protesten kam. In vielen Ländern wissen die Bürger Afrikas bisher nicht, auf was sich ihre Regierungen im Dienste der EU einlassen.

Kooperativ zeigen sich vor allem diejenigen Regime, die autoritär, oder, wie im Falle Eritreas, totalitär über ihre eigene Bevölkerung herrschen. Sie profitieren von der EU-Migrationspolitik, denn die Europäer strecken den lang isolierten Diktatoren nun wieder die Hand aus. Sie spielen, wie Sudans mutmaßlicher Kriegsverbrecher General Hametti, die europäischen Gehilfen und stellen dann Forderungen nach Berlin und Brüssel, erpressen die EU oder führen sie, wie Eritreas Diktator Afewerki mit leeren Versprechungen an der Nase herum. Die Folge ist, dass diese Regime dank europäischer Hilfe ihre Macht weiter ausbauen können. Denn die stützt sich auf einen Sicherheitsapparat, der jetzt mit europäischen Programmen professionalisiert wird.

Manche Staaten wie Niger, sind so arm, dass sie zum Geldsegen nicht Nein sagen können. Manche sind wie der Inselstaat Kap Verde, der viele EU-Abkommen als Erster unterzeichnete, so klein, dass sie der EU nichts abschlagen können. Andere sind, wie das bevölkerungsreichste Land Afrikas, Nigeria, so groß, dass die EU ihnen viel bieten muss. Durch den Fokus auf ausgewählte Transitstaaten nördlich des Äquators ist es den europäischen Diplomaten gelungen, die Afrikaner zu spalten, die sich im Rahmen der AU oder Regionalorganisationen wie der ECOWAS um einen gemeinsamen Standpunkt bemühen.

Probleme machen der EU dysfunktionale Staaten wie Libyen, mit dem es sich kaum verhandeln lässt, weil es keine funktionierende Regierung gibt. Ausgerechnet das Land, das einst unter Diktator Gaddafi der erste Türsteher Europas war, ist heute das letzte Schlupfloch im EU-Migrationsabwehrschirm. Migration ist etwas zutiefst Menschliches, es ist ein Urinstinkt, der die ersten Menschen einst den Nil entlangwandern ließ, um über den Sinai den Kontinent zu verlassen. Gründe, woanders hinzugehen, gibt es viele: Naturkatastrophen, Hunger, Suche nach besserem Ackerland, nach Arbeit oder Glück, ja, manchmal nur Neugierde oder Fernweh. Menschen, die viel von der Welt gesehen haben, gelten in afrikanischen Gesellschaften als Weise. Wenn sie in ihr Heimatdorf zurückkehren, werden sie behandelt wie Halbgötter: Nachbarn und Verwandte kommen, um die Geschichten von der großen weiten Welt zu hören.

Das war vor der Zeit den Zeiten der Ferienflieger und Pauschalurlaube auch in Europa noch so. Reisen oder gar Auswandern kostete Geld und war ein großes Risiko. Erst preiswerte Fluggesellschaften und Massentourismus machten es in den vergangenen Jahrzehnten möglich, dass die Europäer in ihren Sommerferien zu Millionen halb nackt und braungebrannt an den Mittelmeerstränden herumliegen – wo seit wenigen Jahren Leichen angeschwemmt werden. Das Bild eines ertrunkenen syrischen Kindes an einem türkischen Strand hat im Herbst 2015, also mitten in Hochzeiten der Balkankrise, Entsetzen in europäischen Medien erzeugt. „Der Untergang Europas“, schrieb die spanische Zeitung El Periodico.

Das Bild erzeugte Mitgefühl und Hilfsbereitschaft. Dass in vielen Gemeinden der Bundesrepublik Menschen Merkels Wahlspruch „Wir schaffen das!“ gefolgt sind und sich ehrenamtlich um die ankommenden Flüchtlingen kümmerten, ist auch diesem Bild mitgeschuldet. Es hat Solidarität erzeugt – ein Gut, das Europa derzeit oft fehlt. Innerhalb eines Jahres hat die Kanzlerin die Willkommenshaltung wieder beendet, zum Teil auch durch ihre Afrikapolitik. Das Bemühen, Rücknahmeabkommen mit den afrikanischen Regierungen einzufädeln, zeugt vom Willen, die Afrikaner wieder loswerden zu wollen – offenbar um jeden Preis. Frontex soll das übernehmen: mit EU-weiten Sammelabschiebungen. Am besten unterhalb des Radars der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Bilder von der afrikanischen Tragödie in der nigrischen Wüste gibt es kaum. Die Menschen sterben dort unbeobachtet von Kameralinsen. Nur die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist dabei auf ihren Flachbildmonitoren. Sie sammelt via Satelliten und Drohnen Informationen aus der Luft, um Schlepper und Menschenhändler zu bekämpfen. Doch je abgeriegelter Europa ist, desto mehr verdienen die Sklavenhändler der heutigen Zeit mit der Ware Mensch. Gäbe es mehr

legale Wege in die EU, würden Schlepper keine Geschäfte machen und so auch den Terrorismus finanzieren.

Europas Kolonialzeit in Afrika ist noch nicht lange her. Afrikanische Großeltern erinnern sich noch gut an den Unabhängigkeitskampf ihrer Länder, der oft blutig verlief. Meist besser, als sich europäische Rentner an den Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierenden Flüchtlingstrecken in Europa erinnern. Vor wenigen Jahrhunderten haben die Europäer die afrikanischen Sklaven in Ketten auf Boote gezerrt und über den Atlantik verschifft, um auf den Plantagen eines Kontinents zu schuften, den die Europäer in ihrem Migrationseifer gerade erst erobert hatten. Millionen Menschen wurden dem afrikanischen Kontinent damals geraubt, Europa hat den „Entwicklungsrückstand“, den es mit Entwicklungshilfe teuer auszugleichen versucht, dadurch mitverursacht.

Nur wenige Jahrhunderte später wollen die Europäer von den Afrikanern, dass sie zu Hause bleiben. Sie sollen nicht auf Boote steigen und keine neuen Welten kennenlernen. Arbeiten sollen sie dort schon gar nicht. Sie fürchten das enorme Bevölkerungswachstum auf dem Kontinent. Dänemarks Entwicklungsministerin, Ulla Tornaes, hat dies im Juli 2017 gezeigt, als sie ankündigte, 14 Millionen Dollar für Geburtenkontrolle in Afrika spendieren zu wollen: „Um den Migrationsdruck in die EU zu lindern, ist die Senkung der Geburtenrate in vielen afrikanischen Ländern ein Teil der Lösung.“

Migration ist in unserer globalisierten Welt der einfachste Weg, die Ungleichverteilung von Wohlstand auszugleichen. Das zeigen nicht zuletzt die enormen Summen von Rücküberweisungen afrikanischer Arbeitsmigranten an ihre Familien zu Hause. In Niger überschreiten sie die Steuereinnahmen aus den Provinzen, in Mali tragen sie zu einem Großteil des Bruttosozialproduktes bei, in Eritrea finanzieren sich daraus der Staatsapparat, in Nigeria übersteigen sie umgerechnet pro Einwohner die Entwicklungshilfe um ein Vielfaches.

In Afrika ist Migration ein Entwicklungsmotor. Staaten schließen sich nach dem Vorbild der EU zu Wirtschaftsgemeinschaften zusammen, schaffen Zölle, Visa und Arbeitserlaubnisse ab, um regional den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu ermöglichen. Das hohe Bevölkerungswachstum wird positiv gesehen, denn dadurch erhöht sich die Zahl der Konsumenten und die Nachfrage, was die Wirtschaft fördert. Ebenso positiv wird der Zuzug von Fremden gesehen. 2018 will die Afrikanische Union die Visafreiheit auf dem ganzen Kontinent und einen gemeinsamen afrikanischen Reisepass einführen: biometrisch natürlich. Ob das realistisch ist, wird sich zeigen; auch, wie die EU damit umgehen wird.

In der Migrationsfrage konnte sich die EU bisher nicht durchsetzen: die europäischen Reisepapiere, Laissez-Passers, erkennt nach wie vor kein

afrikanischer Staat an, Rückführungsabkommen will auch keiner unterschreiben, trotz der Milliarden, die in die Hand genommen werden. Die Afrikaner wollen ihrerseits Visaerleichterungen für ihre Staatsbürger in die EU. Doch Arbeitsmigranten aus Afrika – das will weder die EU noch die Bundesregierung.

Wer in einer afrikanischen Hauptstadt am Visaschalter des deutschen Konsulats steht, der erhält verwirrende Botschaften: Am Schwarzen Brett hängen Poster von blühenden Landschaften an Mosel und Rhein, Werbung für das Studium der Medizin in Heidelberg oder des Maschinenbau in Münchens. Gleich daneben: die alarmierende Warnung vor Schleppern und Menschenhändlern, die mit fadenscheinigen Versprechungen von einer Arbeit in der EU den Menschen viel Geld aus der Tasche ziehen. Dazwischen gibt es eine schussichere gepanzerte Glasscheibe, unter der durch einen millimeterdünnen Spalt der Visumsantrag durchgereicht wird: ein Nadelöhr zu einer sehr geringen Chance, eine Arbeitserlaubnis in der EU zu erhalten. Afrikanische Antragsteller für Visa oder Asyl müssen bereit sein, gegenüber den europäischen Behörden ihr ganzes Leben, ihre Vermögens- und Verwandtschaftsverhältnisse offenzulegen. Mithilfe hochtechnologisierter Datenbanken und Erkennungsverfahren wird es den EU-Behörden zunehmend möglich Migration in Afrika zu überwachen. Noch sind nicht alle Grenzen auf dem Kontinent mit Computern und Internetleitungen versehen, noch sind viele Demarkationslinien nicht befestigt, die Reisepässe nicht alle biometrisiert. Doch die EU tut viel dafür, damit die Fingerabdrücke von Kairo bis Kapstadt und von Dakar bis Daressalam erfasst und auch europäischen Behörden zugänglich gemacht werden – dank der Sicherheitstechnologie „Made in Europe“.

Profiteure dieser intelligenten Grenzen sind europäische Sicherheits- und Rüstungskonzerne und ihre Zulieferer, für die der afrikanische Markt bislang wenig interessant oder zu risikoreich war. Deutschen Unternehmen soll der Zugang nach Afrika erleichtert werden. Die Bundesregierung leistet Investitionshilfe in Form von Außenwirtschaftsförderung, schreibt aber „Fluchtursachenbekämpfung“ darauf. Den Afrikaner werden die Konzepte verkauft als „Arbeitsplatz-Initiative“ für den jungen „Chancenkontinent“. Kanzlerin Merkel hat es in wenigen Worten auf der Berliner Partnerschaftskonferenz auf den Punkt gebracht: Wenn weniger Migranten aus Afrika kommen, dann bedeutet das auch „mehr Sicherheit für uns.“

Vieles, was die EU in den vergangenen Jahren in Europa an Migrationskontrolle versucht hat, war nicht neu im Inhalt, jedoch neu im Umfang. Milliarden hat Brüssel aus Entwicklungshilfetöpfen umgewidmet und in die Migrationsverhinderung investiert. Der Grund ist innenpolitischer Natur. 2017 ist in vielen EU-Mitgliedsstaaten Wahlkampfjahr, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich,

Österreich, in Dänemark, in den Niederlanden, in Italien und Großbritannien. Überall hat die Frage der Einwanderung den Wahlkampf bestimmt.

Man könnte denken, Europa rücke im Kampf gegen die Migration wieder enger zusammen. Doch das Gegenteil ereignete sich Anfang Juli 2017 am Brenner. Das kleine Österreich, das sich seit 2015 stetig bemüht, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen, hat nach 1991, als der Jugoslawienkrieg begann, wieder Soldaten an der Grenze aufgefahren: 2017 sind es Radpanzer, die Österreichs Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) zum Brennerpass schickt, der wichtigsten Verbindungsstraße durch die Alpen zwischen Süd- und Nordeuropa – eine absurde symbolische Geste. Damit sei die Passschließung „per Knopfdruck“ möglich, sagt Günther Platter (ÖVP), Landeshauptmann von Tirol, und warnte vor der wieder steigenden Zahl von afrikanischen Migranten, die im südlichen Nachbarland Italien ankommen. Schon zuvor verwies er in Interviews auf die „kriminelle Nordafrikanerszene“. Er stellt klar: „Es geht nicht um Panzer. Es geht um die Frage, wie wir mit illegaler Migration umgehen.“ Die Lage am Brenner sei noch überschaubar. „Es geht darum, vorbereitet zu sein“ als „Notmaßnahme“. Migrationsschübe würden die Bevölkerung verunsichern und „das Fass zum Überlaufen bringen.“ Nur wenige Wochen später wird das Bundesheer ganz offiziell eingesetzt, um die Grenzpolizei zu unterstützen.

Die EU steckt demnach in einer tiefen Krise. Es ist keine Flüchtlings- sondern eine Solidaritätskrise im Inneren. Österreich fährt die Soldaten nicht gegen Migranten und Flüchtlinge auf, sondern gegen die europäische Entscheidung, diese innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten umzuverteilen. Und das in Tirol, wo noch immer Bunker aus den ersten beiden Weltkriegen stehen: einst ein Schlachtfeld, jetzt eine idyllische und sichere, wohlhabende Bergregion, die vom Tourismus lebt – dank der EU.

Afrika ist in Europa ein innenpolitisches, kein außenpolitisches Thema. Hier dient der gewaltige, in europäischen Augen oft chaotisch und bedrohlich wirkenden Kontinent den Europäern wieder als Projektionsfläche all ihrer Ängste, wie schon zu Kolonialzeiten. Von „100 Milliarden Afrikanern“, die nach Europa kommen, sprach Entwicklungsminister Müller im Juni 2017. So spielen Europäer mit sich selbst das Spiel „Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?“.

Auf dem „Chancenkontinent“ werden mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung immer mehr Afrikaner jenseits ihrer Heimat eine Arbeit suchen. Gleichzeitig wird die Bevölkerung weiter wachsen, allerdings nicht so rasch, wie heute befürchtet wird. Die wachsende afrikanische Mittelschicht tendiert zu weniger Kindern, meist nur zwei oder drei, weil die gut ins Auto passen – ähnlich wie einst in Europa mit zunehmender Industrialisierung und Urbanisierung die Geburtenrate sank. In vielen

afrikanischen Ländern, wo Bildung teuer ist, macht sich die Mittelschicht Gedanken, wie viel Schulgebühren sie sich leisten kann, um allen Kindern eine Ausbildung zu garantieren. Bevölkerungswachstum hat für Afrikas Volkswirtschaften auch positive Aspekte: Sie fördert die Nachfrage und damit die lokale Produktion. Zum Problem wird es erst, wenn die afrikanischen Kleinbauern durch Freihandelsabkommen langfristig die Lebensgrundlage genommen, wenn durch die Erderwärmung das Ackerland von Millionen vernichtet wird. Dafür trägt die EU eine große Mitverantwortung.

Mit einer gemeinsamen, rationalen und langfristigen Außen- und Sicherheitspolitik sollte sich die EU global engagieren, die Konflikte dieser Welt in den Griff zu bekommen, anstatt sich Diktaturen als Türsteher ihrer Festung einzukaufen, um das „Überschwappen“ zu vermeiden, wie es in der EU-Verteidigungsstrategie heißt. Die Terroranschläge in Paris, Brüssel, London und Berlin beweisen: Es wird immer Schlupflöcher geben, auch durch die hochgesicherten Festungsmauern Europas. Dass Menschen sich radikalisieren oder fliehen, hat Ursachen. Die liegen auch im Sudan, in Nigeria, in Mali, in der Zentralafrikanischen Republik, in der DR Kongo, in Burundi, in Äthiopien. Die autoritären Regime, denen die EU jetzt zum Teil die Hand reicht, sind mit daran schuld, dass Menschen ihre Heimat verlassen. Viele fliehen auch vor deutschen Waffen.

In dieser heutigen Welt, in der nicht nur Wohlstand, sondern auch Sicherheit ungleich verteilt ist wie noch nie zuvor, ist Migration im Vergleich zur Umverteilung durch Hilfgelder ein Prozess, der die globale Ungleichheit relativ einfach ausgleichen könnte. Einem Land wie Niger, wo Menschen verhungern, Kinder chronisch unterernährt sind und nicht zur Schule gehen, einen Hightech-Zaun zu schenken – das ist, als ob man einem nackten frierenden Kind eine Mütze schenkt – so hat es der Kommandant einer afrikanischen Grenzschutzeinheit ausgedrückt, die im Rahmen von GIZ-Projekten ausgebildet wurde. Selbst er, der von den Maßnahmen profitiert, findet diese Investitionen falsch. Mit der Migrationsabwehr unternimmt die EU eine gewaltige und kostenintensive Anstrengung die globale Ungleichheit beizubehalten und den Wohlstandsraum Europa zu verteidigen. Die Gefahr, dass junge Afrikaner sich dem Dschihad anschließen, steigt so.

Großherzig werden jetzt Marshallpläne aufgesetzt, Kredite vergeben, die europäischen Sparen und Rentenkassen Rendite bringen und deutsche Unternehmen nach Afrika locken: Sie sollen Jobs schaffen und die arbeitssuchende Jugend dort halten. Die EU lädt die afrikanischen Staaten und Regionalorganisation ein, beim globalen Freihandel mitzumachen – allerdings zu ihren Spielregeln. Mit den Handelsabkommen wird den afrikanischen Staaten abgerungen, ihre Märkte für europäische Produkte zu öffnen, obwohl dies Arbeitsplätze

Gruppe 4 Fluchtursache EU

Zusammengestellt für den Workshop: Fluchtursachen & Klimagerechtigkeit auf dem Klimacamp 2018

vernichtet, die anderswo mit Entwicklungsgeldern wieder geschaffen werden sollen. Das kommt davon, wenn man Migration zur Krise erklärt.

Von geschützten Grenzen und der Öffnung der Märkte träumt die EU. Von geschützten Märkten und offenen Grenzen träumt Afrika. Solange dieses Interessensdilemma nicht gelöst ist, wird es keine echte Partnerschaft geben.